

## Politisches Sekretariat

p.B. 58.71 Europe de l'Est- MAP

Bern, den 29.12.1989

Offizieller Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Dublin,  
15./16. Januar 1990

-----

DIE EUROPÄISCHE REVOLUTION VON 19891. Neue Ausgangslage

Die Dynamik der Entwicklung der vergangenen Monate und Wochen in Europa hat zu einer Kumulierung zahlreicher offener Fragen geführt. Es handelt sich dabei in erster Linie um

- die Zukunft der Entwicklung in Osteuropa
- die deutsche Wiedervereinigung
- die westliche Osteuropapolitik
- die Zukunft der militärischen Blöcke
- die Stellung der beiden Supermächte in Europa, insgesamt also um
- die Suche nach einer neuen Struktur für Gesamteuropa

Jede dieser Fragen hat eine eigene Entwicklungsdynamik; alle sind sie aufs engste miteinander verbunden. Das politische Hauptproblem der nächsten Zukunft dürfte daher die Synchronisierung der Lösungen für die verschiedenen Einzelfragen sein. Wenn diese nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass durch die Dynamik des einen oder andern Problemkomplexes die Entwicklung ausser Kontrolle gerät und auf alle andern offenen Fragen zurückwirkt, besonders in Osteuropa und bezüglich der deutschen Frage ist dies möglich.

Die Regelung der verschiedenen Fragen wird durch eine das Jahr 1989 prägende grundlegende Veränderung in der Interdependenz von Innen- und Aussenpolitik in Europa kompliziert. Eine Neuordnung Europas als Ganzes wird nicht mehr, wie Herbert von Bismarck einst noch sagen konnte, von den Kabinetten "gefingert"; sie wird vielmehr geprägt durch den Willen der Völker und die Entwicklung in den einzelnen Ländern, insbesondere in Deutschland und in Ostmitteleuropa.

## 2. Die Veränderungen in Ostmitteleuropa

### 2.1 Tendenzen der Entwicklung

1. Die Entwicklung in Ostmitteleuropa muss vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklung in der Tschechoslowakei, in der DDR, in Bulgarien und Rumänien neu beurteilt werden. Während noch im Sommer die Spaltung Ostmitteleuropas in eine Gruppe reformerischer Länder und eine Gruppe der "Konservativen" das herausragende Merkmal schien, haben in der Zwischenzeit überall Regimewechsel stattgefunden. Es bestehen somit realistische Hoffnungen, dass sich die Staaten der Region von der Zwangsallianz unter Führung Moskaus zu einer lockeren Reformallianz formieren, welche neue Beziehungen zu Westeuropa aufbauen und pflegen wird. Zwar bleiben im militärischen Bereich die Allianzen (vorläufig) bestehen; die vorgesehenen Abrüstungsschritte, kommen sie erst einmal zustande, werden jedoch erhebliche Veränderungen mit sich bringen. Eine allmähliche Umgestaltung Ostmitteleuropas vom Aufmarschgebiet der Sowjetunion zu ihrem "cordon sanitaire" ist denkbar geworden.

2. Allerdings dürfen dabei die grossen Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern und Ländergruppen nicht vergessen werden, welche sich in Zukunft noch vertiefen könnten. Folgende Gruppen sind zu unterscheiden:

- die ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, wo eine friedliche Entwicklung zu demokratischen Systemen gute Chancen hat
- die DDR, wo diese Chancen ebenfalls gegeben sind, jedoch durch die deutsche Frage (Wiedervereinigung und Allianzzugehörigkeit) getrübt werden
- der Balkan, wo gewalttätige Auseinandersetzungen auch in Zukunft nicht auszuschliessen sind
- die Sowjetunion, wo der Fortgang des Reformprozesses angesichts der schlechten Wirtschafts- und Versorgungslage gefährdet ist.

## 2.2 Die Situation in den einzelnen Ländern

Zwei Faktoren sind für die zukünftige Entwicklung entscheidend:

- 1.) die historisch gewachsenen politischen und sozialen Strukturen der einzelnen Länder
- 2.) die Art und Weise, wie der Uebergang zwischen dem alten und dem neuen System bisher vollzogen wurde.

ad 1)

- In Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei, ja selbst in der DDR konnte trotz kommunistischem System während der vergangenen 40 Jahre eine "zivile Gesellschaft" weiterexistieren. Trotz Repression und Schikanen durch die Organe der Staatssicherheit gab es eine seit Jahren strukturierte und organisierte Opposition, teilweise offen gegen das Regime antretend wie in Polen, innerhalb der regierenden KP wirkend wie in Ungarn oder auch reduziert auf Kreise der Intelligenz wie in der Tschechoslowakei. Nach westlichen Kriterien gab es zwar noch keinen eigentlichen Rechtsstaat, doch hatte man es auch nicht mehr mit einem stalinistisch-totalitären Unrechtsregime zu tun. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet waren Marktmechanismen nicht einfach inexistent sondern überlebten in einer immer wichtiger werdenden Grauzone der Legalität weiter.

- Im Balkan und in der Sowjetunion sind gesellschaftliche Gruppierungen, welche Träger einer liberalen Demokratie sein könnten, wesentlich schwächer; schwerer wiegt hier das autokratisch feudalistische Erbe der russischen Zaren und der osmanischen Sultane. Autokratischer war auch die Praxis der kommunistischen Herrschaft, welche mögliche Träger einer liberalen Demokratie nicht nur politisch belästigt sondern physisch liquidiert hat (Kulaken, städtisch-bürgerliche Mittelschichten).

- Auf dem Balkan und in der Sowjetunion sind zudem bis heute die zentrifugalen, kulturellen und nationalen Kräfte grösser als in den ostmitteleuropäischen Ländern, wo neuerdings ein mitteleuropäisches Bewusstsein wieder auflebt. Auf dem Balkan und in der Sowjetunion gibt es jedoch nach dem Wegfall des kommunistischen Zwangskorsetts keine integrierenden Kräfte mehr. Ob die neue Reformpolitik zu einer solchen werden kann, ist noch höchst ungewiss.

ad 2)

Was die Art und Weise des Regimewechsels und dessen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung betrifft sind ebenfalls beträchtliche Unterschiede erkennbar. Zwar sind die Hauptprobleme überall die gleichen. Sie bestehen darin,

- ein neues Gleichgewicht zwischen Freiheit und Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu finden.

- Die Führungskräfte der Opposition, die neuen politischen Eliten, haben zudem meist keine Regierungs- und Verwaltungserfahrung und werden daher auf das praktische Wissen der bisherigen Verwaltung einerseits und auf äussere Hilfe andererseits angewiesen sein.

- Fraglich ist zudem, ob die Wendehälse dauerhaft in Richtung Reformen blicken oder ob sie ihr "Know-how" früher oder später für eine konservative Restauration nutzen.

Die scheinbar uniforme Revolution Osteuropas entpuppt sich aber bei näherem Zusehen als sehr differenzierter Prozess:

- schrittweiser Wandel durch Kompromiss zwischen Regierung und Opposition in Polen

- schrittweiser Wandel von innen durch Transformation der KP in Ungarn

- beschleunigter Wandel durch Druck der Strasse in der DDR und der Tschechoslowakei

- Wandel von oben in der UdSSR und Bulgarien

- gewaltsamer und blutiger Aufstand in Rumänien

In den kommenden Monaten ist daher zu erwarten, dass zwischen den - je nach Land sehr verschiedenen - Trägern der Umwälzungen bei der konkreten Realisierung der politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen Konflikte aufbrechen.

- Am krassesten dürfte dies in Rumänien sein, wo Armee und Volksbewegung zwar im Sturz des Ceaucescu-Regimes zusammenwirkten, jedoch soweit erkennbar z.T. unterschiedliche Konzepte für die Zukunft vertreten. Ging es der Armeeführung primär um die Beseitigung der Diktatur Ceaucescus, könnte bald eine Mehrheit der Bevölkerung die Beseitigung des kommunistischen Systems schlechthin verlangen. Die Tatsache jedenfalls, dass die Rumänen die Diktatur nur mit Hilfe der Armee abschütteln konnten, belastet die Pluralisierung der Gesellschaft mit einer erheblichen Hypothek. Auch wird sich zeigen müssen, ob sich in der vorwiegend von "Dichtern und Denkern" geprägten provisorischen Regierung nicht letztlich die kommunistischen Aparatschiks durchsetzen. Möglich ist aber auch, dass in Rumänien wie anderswo, der Reformdruck von Bevölkerung und Volksarmee so gross ist, dass ein grundlegender Wandel schneller als erwartet erfolgt.

- Polen ist heute das einzige Land, in welchem die Reformen wesentlich durch Druck und Geschick einer in Jahren des Kampfes politisch erfahrenen Opposition, welche weite Kreise der Bevölkerung umfasst, erfolgte. Die Tatsache, dass der Wandel nicht so sehr auf direkten Druck der Strasse sondern am Verhandlungstisch und durch "halbfreie Wahlen" erarbeitet wurde, hat dazu beigetragen, dass der Konsens zum Systemwechsel bis heute anhält. Im Gegensatz zur DDR und zur Tschechoslowakei konnten die polnischen Kommunisten durch rechtzeitige Konzessionen ihre Glaubwürdigkeit wenigstens noch teilweise retten. Die heutige Koalitionsregierung kann es sich leisten, ein stark liberal ausgerichtetes Wirtschaftsprogramm zu verabschieden und Konflikte in den Reihen der Solidarität und der KP in Kauf zu nehmen.

- In Ungarn schreiten zwar die politischen Reformen zügig voran; auffallend ist aber die in jüngster Zeit bemerkbare Machtzunahme der zersplitterten Opposition, die erst seit relativ kurzer Zeit am politischen Leben teilnimmt (vgl. den Ausgang der Referendumsabstimmung zur Präsidentenwahl). Offensichtlich hat selbst die stark reformorientierte KP nur geringe Chancen, die kommenden Wahlen zu ihren Gunsten zu entscheiden.

- In der Tschechoslowakei und in der DDR wiederum vollzogen sich die Ereignisse mit derartiger Geschwindigkeit, dass die Opposition noch relativ unstrukturiert ist und über die Stärke der einzelnen Gruppen und ihre wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ziele nur wenig Konkretes bekannt ist. Obwohl der "Prager Frühling" scheinbar wieder auflebt, gehen die Forderungen der Opposition heute weit über das Ziel des Sozialismus mit menschlichem Antlitz hinaus. Eine Mehrheit der Bevölkerung verlangt offensichtlich nicht mehr und nicht weniger als die Aufgabe des bisherigen Systems.

Demgegenüber bleiben reformsozialistische Zielvorstellungen in der DDR-Opposition noch verbreitet. Trotzdem erweist sich die konkrete Definition des allgemeinen Staatszieles "Sozialismus" an den Rundtischgesprächen zwischen Regierung und Opposition als schwierig. Nach dem wohl verfrüht vorausgesagten völligen Zusammenbruch der SED hat sich diese unter neuer Führung und neuen Slogans ("Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit") wieder etwas aufgefangen und leistet gegen gewisse radikale Postulate der Opposition Widerstand.

- In Bulgarien schliesslich beschränkten sich neue Tendenzen zunächst auf die personellen Veränderungen an der Spitze der KP und auf die Fortsetzung bisheriger wirtschaftlicher Reformen, welche man in traditioneller Gefolgschaft zu Moskau seit nun fast drei Jahren nachvollzogen hat. In jüngster Zeit sind mit der

Zulassung oppositioneller Gruppierungen auch Schritte in Richtung auf eine politische Liberalisierung unternommen worden. Die Opposition zögert allerdings noch, sich als Partei zu formieren. Immerhin sollen nun auch in Bulgarien auf Initiative der Regierung Rundtischgespräche stattfinden. Zwei Interpretationen sind dazu möglich. Entweder verrät diese Konzession der Regierung in erster Linie die Einsicht, dass ohne wesentliche Zugeständnisse an die Opposition eine Reform von Staat und Wirtschaft nicht möglich ist; oder sie erweist sich als Bemühen, Machtpositionen der KP vertraglich abzusichern solange die Opposition noch nicht zur Massenbewegung herangewachsen ist und zur völligen Aufgabe der Macht zwingt. Verlauf und Ergebnis der Gespräche werden zeigen, welche Taktik die dominierende war.

- In der Sowjetunion werden Diskrepanzen zwischen Innen- und Aussenpolitik immer deutlicher. Während der aussenpolitische Wandel die Entwicklungen in Ostmitteleuropa des Jahres 1989 erst ermöglicht hat, kommt der Reformprozess im Innern nicht voran und gefährdet gar die Stellung Gorbatschows. Die Versorgung verschlechtert sich, ebenso wie die wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren. Ein umfangreiches wirtschaftliches Reformprogramm wurde zwar mitte Dezember vom Volkskongress verabschiedet, doch bestehen schon heute Zweifel, ob dieses eine wesentliche Verbesserung der Situation bringen wird. Auch auf politischem Gebiet hat Gorbatschow die Initiative zum Wandel verloren und erscheint immer häufiger als Bremser. Wesentliche Impulse kommen heute aus den neuen politischen Organen (Oberster Sowjet, Volkskongress) und von den Nationalitäten, insbesondere im Baltikum. In entscheidenden Fragen wie der Diskussion um Artikel 6 der sowjetischen Verfassung (Monopolanspruch der KPdSU) und beim Separationsbeschluss der litauischen KP vom 19.12 erscheint Gorbatschow als Verhinderer weitergehender Schritte. In einem im Westen wenig beachteten Artikel in der Prawda vom 25.11.1989 hat sich der Generalsekretär zudem einmal mehr zum Marxismus-Leninismus, wenn auch in undoktrinärer Form, bekannt. Man kann diese Tendenzen als Terraingewinn für und Konzession an die Konservativen interpretieren; man könnte aber auch, umgekehrt und positiv formuliert, davon sprechen, dass Initiativen zum Wandel nach vier Jahren der "Revolution von oben" auf die Basis übergreifen. Allerdings bleibt die für Gorbatschow unbequeme Situation, dass erstmals durch die neue Politik der Monopolanspruch der KPdSU und der Bestand der Sowjetunion in ihren Grenzen unmittelbar gefährdet ist.

In allen Ländern werden erst die kommenden Monate grössere Klarheit schaffen sind doch fast überall freie Wahlen angesagt. Noch ist es zu früh bereits Prognosen über deren Ausgang zu wagen. Gegenwärtig scheint allerdings klar, dass die kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa auch mit neuer reformkommunistischer Fassade ihre Vormachtstellung verlieren werden und auch

dort, wo dies noch nicht geschehen ist, gezwungen sind, die Macht zu teilen oder gar ganz aufzugeben.

### 3. Die deutsche Frage

Nirgends in Osteuropa haben Veränderungen so weitreichende Implikationen wie in der DDR. Ueber Jahrzehnte hatte man wohl zu Recht immer wieder festgestellt, bei der deutschen Frage handle es sich um die Kernproblematik der europäischen Teilung überhaupt. Voraussetzung für die Ueberwindung der europäischen Teilung sei folglich die Ueberwindung der deutschen Teilung. Durch den Wandel in der DDR haben sich die Perspektiven für Europa als Ganzes verändert:

- erstmals seit 1933 besteht heute eine realistische Perspektive, dass sich in Deutschland östlich der Elbe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheiten durchsetzen;

- erstmals seit 1949 ergibt sich eine realistische Möglichkeit die Teilung Deutschlands und Europas schrittweise zu überwinden und

- erstmals seit dem zweiten Weltkrieg steht die Frage nach der allfälligen Gestalt und Struktur von Europa als Ganzem wieder ernsthaft zur Diskussion.

Bundeskanzler Kohl hat in seinem 10-Punkte-Plan die seit einiger Zeit von Experten vorbereitete Idee der Föderation als deutschlandpolitische Zielvorstellung aufgenommen und ausgebaut; er setzt damit Ministerpräsident Modrows Formel von der "Vertragsgemeinschaft" logisch fort. Erste weitgehende Schritte in Richtung auf eine Verwirklichung dieser neuen deutsch-deutschen Zusammenarbeit sind anlässlich des Besuches von Kohl in der DDR bereits unternommen worden; bisherige Hindernisse wie Zwangsumtausch und Visazwang wurden beseitigt. Die neue Dialektik in der Deutschlandpolitik heisst daher auf eine Formel gebracht: Anerkennung der Teilung als Voraussetzung für die Ueberwindung der Trennung.

Die internationalen Diskussionen um eine deutsche Wiedervereinigung lassen sich deutlich in zwei Phasen trennen: Jene vor und jene nach der Bekanntgabe des 10-Punkteplanes. Solange nämlich die deutsche Wiedervereinigung Fiktion blieb, waren die internationalen Kommentare sehr positiv. Die Verantwortlichen in Westeuropa und den USA überboten sich in Bekenntnissen zum Selbstbestimmungsrecht, welches auch für die Deutschen gelte. Nachdem aber die deutsche Einheit Realität zu werden drohte, wurden die Kommentare zurückhaltender, dies gilt ganz besonders für die Sowjetunion und Frankreich, welche heute besonders auf die notwendigen Rahmen- und Vorbedingungen verwiesen (Rechte und Verant-

wortlichkeiten der Siegermächte, Lösung im Rahmen der KSZE, Zukunft der Militärblöcke und Blockzugehörigkeit Deutschlands). Dies wurde anlässlich des Besuches Genschers in Moskau, Schewardnazes in Brüssel und Mitterands in der DDR besonders deutlich. Offensichtlich wird auch, dass die BRD eine internationale Diskussion der deutschen Frage nicht gratis haben wird sondern nur gegen die Konzession der eindeutigen Anerkennung ihrer Ostgrenze. Dass Kohl dies noch nicht getan hat, ist aus innenpolitischen Gründen verständlich, aussenpolitisch könnte es längerfristig negative Folgen zeigen. Denn wenn die BRD nicht freiwillig Klarheit über die deutsche Ostgrenze schafft, wird ihr diese von aussen, d.h. durch die Siegermächte des zweiten Weltkrieges oder durch die KSZE-Staaten aufgezwungen werden.

#### 4. Westliche Osteuropapolitik

Nachdem bisher über die europäische Integration immer nur als westeuropäische Integration nachgedacht wurde, haben sich die Akzente in den vergangenen Wochen und Monaten verlagert. Die westliche Osteuropapolitik, der Aufbau gesamteuropäischer Strukturen, die Frage der zukünftigen Stellung der Supermächte in Europa und der militärischen Allianzen rückt ins Zentrum des Interessens. Auch die schweizerische Aussenpolitik wird von solchen neuen Tendenzen beeinflusst und betroffen.

- Innerhalb der EG ist offensichtlich ein Streit darüber entbrannt, ob mit Rücksicht auf die Entwicklung in Osteuropa das Tempo der Integration verlangsamt werden müsste. Die besonders in Frankreich gehegten Befürchtungen, die BRD würde nun im Hinblick auf die DDR die von Grossbritannien propagierte Verlangsamung unterstützen, haben sich zwar nicht bewahrheitet. Immerhin löste bereits das wegen gesamtdeutscher Rücksichten der BRD erfolgte Scheitern des Schengen-Vertrages einige Beunruhigung in der EG aus und Frankreich hat durch einen demonstrativen Bilateralismus (Besuche Mitterands in der UdSSR und der DDR) auf die neuen Verhältnisse reagiert. Noch bleiben also die Auswirkungen des Wandels in Ostmitteleuropa und in der DDR auf das Tempo der Integration nicht eindeutig feststellbar. Der Druck zu einer neuen Qualität der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten kann eher eine Beschleunigung der westeuropäischen Integration zur Folge haben oder diese komplizieren.

- Wichtiger noch als die Frage Beschleunigung/Verlangsamung dürfte das erkennbare Bestreben der Bundesrepublik sein die EG auch für Ostmitteleuropäer, nicht zuletzt für die DDR, offen zu halten. Der deutsche EG-Kommissar Martin Bangemann sprach davon, die EG dürfe nicht ein "closed shop" werden. Obwohl heute über einen allfälligen EG-Beitritt der DDR erst öffentlich spekuliert

und nachgedacht wird, lohnt es sich, zu fragen, wie im Lichte einer solchen Entwicklung die schweizerische Haltung zur EG beeinflusst würde. Schon eine Assoziation ostmitteleuropäischer Staaten mit der EG, welche nach 1992 durchaus möglich ist, könnte das Umfeld der Schweiz wesentlich verändern.

- In politischer Perspektive bleiben die EFTA und der Europarat wichtige Gremien, um die Westbindungen ostmitteleuropäischer Staaten zu stärken. Eine enge, fest institutionalisierte Zusammenarbeit oder gar ein Beitritt der nicht nur europäischen Supermacht Sowjetunion würde jedoch den Rahmen dieser Organisationen sprengen.

- Dass die Koordination der westlichen Hilfe für Osteuropa der Gruppe der 24 unter Führung der EG übertragen wurde und nicht der OECD, ist aus der schweizerischen Interessenlage zu bedauern. Ganz abgesehen vom fachlichen "Know-how" der Pariser Organisation, welches damit nicht ausgeschöpft wird, übernimmt mit der EG eine Organisation die ostpolitische Führungsrolle, bei welcher wir nicht Mitglied sind. Statt einer gleichberechtigten Teilnahme im Rahmen OECD werden letztlich die Nichtmitglieder zu Juniorpartnern der Gemeinschaft.

- Bei allen Plänen und Bemühungen um neue wirtschaftliche und politische Kooperationsformen bleibt die grundlegende Frage, welcher Stellenwert den Militärallianzen zukommen wird, oft ausgespart. Absehbar ist, dass sich in dem Masse, wie sich die blockübergreifende Kooperation realisiert, ein beträchtlicher Druck auf die Reduzierung der militärischen Potentiale ergeben wird. So ist es beispielsweise schlecht vorstellbar, dass die beiden deutschen Staaten im wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Bereich immer enger zusammenarbeiten und gleichzeitig Mitglieder verschiedener, hochgerüsteter und antagonistischer militärischer Bündnisse bleiben. Die "logische" Folge aus solchen Gedanken braucht nun durchaus nicht die Auflösung der militärischen Allianzen zu sein; zunächst dürfte es aber sicher darum gehen, parallel zu andern Gebieten der Zusammenarbeit schrittweise auch auf militärischem Gebiet den antagonistischen und hochgerüsteten Charakter der Bündnisse abzubauen. In diesem Zusammenhang gilt es, sich an die Entstehungsgeschichte von NATO und WAPA zu erinnern. Die beiden Bündnisse waren von allem Anfang an nicht nur gegen das jeweils andere gerichtet sondern hatten auch die Sicherheit innerhalb des Bündnisses zu garantieren, eine Dimension, die vielleicht in Zukunft wieder neu belebt werden wird.

##### 5. Wachsende Bedeutung eines gesamteuropäischen Rahmens

Von erhöhter Aktualität ist schliesslich die Fortsetzung und Vertiefung des KSZE-Prozesses. Angesichts der stürmischen Ent-

wicklung in Osteuropa und der zu erwartenden Vertiefung und Konkretisierung der Demokratisierung in den kommenden Wochen und Monaten (auch unabhängig von möglichen Rückschlägen in der Sowjetunion), können wir damit rechnen, dass die in Helsinki vereinbarten Prinzipien für Europa als Ganzes auf dem besten Weg sind, weitgehend erfüllt zu werden.

Die Entwicklung insbesondere in diesem Jahr hat mit der Stärkung der EG und der Auflösung der bisherigen Machtstrukturen in Ostmitteleuropa aus der Sicht der Sowjetunion zu einer Machtverschiebung nach Brüssel (EG und NATO) geführt, die den Reformprozess in der Sowjetunion von aussen zusätzlich gefährden könnte (Stärkung der konservativen Kritik an Gorbatschows Ausverkaufspolitik).

Es braucht daher heute neue Absprachen, Regelungen und Prinzipien der europäischen Zusammenarbeit, welche u.a. gerade den sich im Wandel befindlichen Staaten erhöhte aussenpolitische Sicherheit bietet. An solchen Prinzipien ist insbesondere die Sowjetunion interessiert, angesichts der wiederbelebten deutschen Frage aber auch Polen und bezüglich der lokalen Grenz- und Minderheitenprobleme sind es auch andere ostmitteleuropäische Staaten. Auch die europäischen Kleinstaaten, insbesondere die Neutralen, haben ein Interesse an einer Stärkung der gesamteuropäischen Strukturen im Rahmen der KSZE.

Es stellt sich nun die Frage, in welchen Gremien solche Grundlagen am besten ausgearbeitet werden. Aufgrund der ausgeprägten Dynamik der Europäischen Gemeinschaft, welche

-ihre Ostpolitik zielstrebig ausbaut,

-eine Schlüsselstellung in der Koordination der Hilfe gegenüber osteuropäischen Ländern einnimmt und

-wie der Strassburger Gipfel zeigte, nun auch in der Deutschlandpolitik initiativ wird,

-zudem offenbar gewillt ist eine EWR-Regelung nach ihren Vorstellungen durchzusetzen

besteht für die Schweiz eine doppelte Gefahr:

- im westeuropäischen Kontext jene der Satellisierung durch die EG

- im gesamteuropäischen Kontext jene der Marginalisierung gegenüber den sich intensivierenden Kontakten zwischen der EG und Osteuropa

Angesichts dieser Tendenzen drängt sich eine positive Antwort auf den Vorschlag Gorbatschows zur Durchführung eines sogenannten

"Helsinki 2", d.h. einer Gipfelkonferenz der 35 auf. Die KSZE ist und bleibt das einzige gesamteuropäische Organ, in welchem wir im Kreise souveräner und gleichberechtigter Staaten über die künftigen Prinzipien der gesamteuropäischen Politik mitsprechen können. Gerade weil die verschiedenen westeuropäischen Institutionen, zu welchen wir teilweise nicht gehören, ihre Beziehungen zu Osteuropa intensivieren, hat ein paralleler Aufbau gesamteuropäischer Strukturen eine besondere Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa darf auch erwartet werden, dass heute substantielle Fortschritte im KSZE-Rahmen möglich sind. Waren noch vor einigen Wochen Zweifel angebracht, ob angesichts der damaligen Spaltung Ostmitteleuropas in Reformer und Orthodoxe die KSZE das geeignete Forum sei, den Wandel in Osteuropa zu unterstützen, hat sich die Situation diesbezüglich fundamental verändert, nachdem selbst in Rumänien ein Systemwandel vollzogen wurde.